

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spalte...

Erhöht wesentlich...

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M...

Für die Abnahme...

Nr. 40.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 25. Januar

1894.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für die Monate Februar und März...

Durch eine Aenderung in der Verbandsart...

Für Halle, Giebichenstein und Trotha werden Bestellungen...

Die Expedition.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und Fürst Bismarck

(Telegramm.) Fürst Bismarck wird in der nächsten Woche in Berlin erwartet...

In Reichstagskreisen glaubt man heute, Fürst Bismarck werde schon am Freitag nach Berlin kommen...

Die festlichen Berliner Abendblätter besprechen nochmals die vorausgesetzlichen Konsequenzen der Auslösung...

Nach aus Friedrichsrid eingeholten Erkundigungen drucken die „Hamburger Nachrichten“ die Berliner Meldungen über den vorausgesetzlichen Besuch des Fürsten Bismarck beim Kaiser in Berlin ab...

Die Wiener Blätter besprechen durchaus sympathisch die Verlobung zwischen dem deutschen Kaiser und dem Fürsten Bismarck...

freue sich dieser Friedensbotschaft, auch die unpopulärste und lässigste aller öffentlichen Einrichtungen (die Börse) gebe Zeichen des Behagens über den Wandel.

Die Reichstags-Sitzung.

g. Berlin, 24. Jan. (Fernspruchbericht.) Der heutige Schwereinsatz beschäftigte sich mit dem bereits in voriger Session an eine Kommission verwiesenen Antrage des Centrums...

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

o. Berlin, 23. Jan. (Fernspruchbericht.) Das gut besetzte Abgeordnetenhaus berief heute den Etat vor, wobei sich eigentlich die Agrarabteilung des Reichstages wiederholten und auch die Reichsfinanzreform eine große Rolle spielte...

Zur Währungsfrage.

Berlin, 24. Jan. (Telegramm.) Das Kollegium der Reichsbankdirektoren hat heute folgende Resolution an:

1. Die Erfahrungen der zwanzig Jahre, seitdem die Währungsreform in Deutschland eingeführt wurde, haben bewiesen, wie sehrnötig dieselbe für unser Vaterland gewesen ist...

Zum Weinsteuergesetz.

(Telegramm.) Gegenüber vielfachen irrthümlichen Nachrichten erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.“ von neuem darauf hinzuweisen zu müssen, daß der Entwurf eines Weinsteuergesetzes mit einer Steuererhöhung für die Reichssteuer zu unterwerfenden Weine auf den W. Klaffen der Frankfurter Konferenz beruht...

Der auswärtige Handel Deutschlands.

(Telegramm.) Nach den Ermittlungen des kaiserlichen statistischen Amtes ergeben sich für Menge und Werth des auswärtigen Handels im abgelaufenen Jahre folgende Hauptzahlen...

auswärtigen Handels im abgelaufenen Jahre folgende Hauptzahlen: Ausfuhrmenge 298,208,757 kg (bezogen 1892 295,099,123 kg)...

Aus Kamerun.

(Telegramm.) Dem deutschen Kamerun-Komitee in Berlin ist folgende Meldung zugegangen:

Die Expedition Uchrisch ist am 13. D. hier angekommen und im freundschaftlichen Verle von Sänpfung angekommen...

Wissmann und das Antiflaverei-Komitee.

Ueber das Verhältnis des Majors von Wissmann zum Antiflaverei-Komitee hat die „Koblenzer Ztg.“ am morgiger Stelle Erkundigungen eingezogen und theilt Folgendes mit:

Der Artikel der „Westfäl.“ über Wissmann enthält Mängel und Unrichtigkeiten durchdrungen. Unrichtig ist z. B., daß den Europäern kein Gehalt und keine Rückstellungen gezahlt seien...

Verschiedene Mittheilungen.

(Telegramm.) In der Angelegenheit des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. scheint ein Ausgleich der bestehenden Meinungsverschiedenheiten näher gerückt zu sein...

(Telegramm.) Intern St. Petersburg hat der Finanzminister bestimmt, daß wenn gegen Beamte die D. u. u. u. Strafen ohne Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens festgesetzt werden, die durch die Untersuchung entstehenden Kosten nicht den Beamten zur Last zu legen, vielmehr auf die Staatskasse zu übernehmen sind.

München, 24. Jan. (Telegramm.) Kammer der Abgeordneten. Der Antrag des Abgeordneten Daller betr. die Abhebung des Duells wurde mit dem Entschieden des Centrums, der Sozialdemokraten und des Bauernbundes gegen die der Liberalen angenommen...

Braunschweig, 24. Jan. (Telegramm.) Im Namen des Regenten erwählte Staatsminister Otto den Landtag und führte in seiner Ansprache aus, daß infolge der unanglückigen Gestaltung der Reichsfinanzen, sowie infolge der Verminderung des Reichsschatzes des Konvergenzes die Finanzen des Herzogthums nicht das günstige Bild zeigen wie seit langen Jahren...

Serbien.

Das neue Kabinet.

Belgrad, 24. Jan. (Telegramm.) Das neue Kabinet wird sich in der heutigen Sitzung der Skupstina vorstellen; zugleich wird der Schluß der Session erfolgen...

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 24. Januar.

1 Uhr. Am Bundesratsstische: Dr. von Bötticher.

Das Geschäft ist sehr schwach verflochten. Zur ersten Berathung stehen die Anträge der Abg. Dr. Lieber (Reutubau), Dr. Sige und Genossen bzw. des Abg. Langerfeld betr. die eingetragenen Berufsvereine.

Abg. Spahn (Str.): Die beiden Anträge verdienen ihre Entstehung einem Antrage des Abg. Dr. Siger, der in einer Kommission vorkommen worden ist. Das Ergebnis dieser Berathung liegt Ihnen in unseren Anträgen jetzt vor. Die Reichsregierung hat sich wiederholt mit solchen Vereinen, wie sie hier beabsichtigt sind, beschäftigt; allerdings hatten diese Vereine meist wirtschaftliche und finanzielle Interessen zum Zweck. Jetzt wollen wir auch der Vermögensfähigkeit der Berufsvereine näher treten und zwar auf dem Wege der Gesetzgebung. Der Reichstag hat sich mit dem Antrag der Berathung der Gewerbeordnung. Damals wurden entgegenkommende Erklärungen vom Bundesratsstische abgegeben, aber ein Gesetzentwurf nicht vorgelegt. Das will jetzt unser Antrag nachholen. Nachdem Geldgesellschaften sich zu jedem nicht verbotenen Zwecke bilden dürfen, kann man den Berufsvereinen die Vermögensfähigkeit nicht verweigern. Der Entwurf beschränkt sich nicht auf die Arbeiter, sondern er will allen Berufsständen die Möglichkeit geben, Vermögensfähigkeit zu erlangen. Der Antrag beruht nicht auf dem Prinzip der vollen Freiheit, sondern daß jeder derartige Verein, der Vermögensfähigkeit erlangen will, sich eintragen läßt. Von Arbeitern aber ist die Eintragung nicht an die Zustimmung einer Verwaltungsbehörde gebunden, der jegliche Zustand entspricht nicht den modernen Berufsvoraussetzungen. Der Entwurf begreift die Hebung des Standesbewusstseins. Ich bitte, ihn nicht wiederum einer Kommission zu überweisen, sondern ihn ohne Weiteres zum zweiten Male in Plenum zu stellen.

Abg. Richter (v. Bog.) beantwortet den Antrag Langerfeldt angeschlossen. Derselbe sei gleichbedeutend mit dem Antrage Lieber. Der Begründung des Verordners habe er nichts hinzuzufügen.

Abg. Frey zu Herndheim (nl.): Ich glaube, daß es sich hier vorzugsweise um Arbeitervereine handeln wird. Wenn man annimmt, daß die Vereine weniger den Klassenkampf als die Hebung des Standesbewusstseins zum Zweck haben werden, so bin ich da anderer Ansicht. Die internationale Arbeiterkonferenz glaubte ebenfalls, diesen englischen Gedanken der Berufsvereine sich nicht aneignen zu sollen, weil man annahm, daß diese Vereine lediglich die großen Rabatts streben würden für die Ausübung des allgemeinen Stimmrechts. Das diese Ansicht richtig war, hat der Züricher sozialdemokratische Kongreß bewiesen. Auch der englische Bergarbeiterkongreß zeigte, wie die englischen Trades Unions weniger die Förderung der Standesbewusstseins als die Schließung des Klassenkampfes als ihren Zweck ansehen. Das spielte sich ab unter Führung des bekannten John Burns, der seinen sozialistischen Genossen das Material zu ihrer weiteren Organisation aus den Akten des Handelsministeriums, in das er berufen worden war, liefern konnte. Wir in Deutschland haben gar keinen Bund, Organisationen sich bilden zu helfen, welche eine Anerkennung ihrer Tendenzen in sich schließen würden. Nach meiner Auffassung liegt die deutsche Arbeiterbewegung zu fordern, daß ihnen Zeit gelassen wird, sich in die großen Organisationsformen, die ihnen das Reich geschaffen hat, einzufügen. Auch diese Organisationsformen ermöglichen den Arbeitern, auf bessere Arbeitsbedingungen hinzuwirken. Wenn sich aber die Antragsteller von der Berufsvereine viel versprechen für das Wohl der Arbeiter, so erinnere ich Sie an das Schicksal des St. Gallener Stickervereins, der einen Minimallohn, Normalarbeitszeit auch für die Hausindustrie etc. einführte und sogar vor dem Boykott der Dattlers nicht zurückwich. Es bedurfte nur kleiner Anlässe und zwar meist vom Auslande, der W. Kinsley, der Veränderung der Mode in Amerika, die die Mobil der Unterseite wechselte, um den Verein zum Zusammenbruch zu bringen. Da zeigte sich auch, welchen Ueberdruß die Leute an dem Reglementieren bekommen hatten und wie sie längere Arbeitszeit etc. dem Reglementieren vorzogen. Ein großer Theil meiner politischen Freunde ist der Ansicht, daß wir keinen Anlaß haben, auf den Antrag näher einzugehen, daß wir aber, wenn ein Antrag auf Kommissionsberathung gestellt werden sollte, uns dem nicht widersetzen werden. (Beifall.)

Abg. Legien (Sz. Dem.): Sie haben keinen Grund, die Ablehnung dieser Anträge mit der sozialdemokratischen Bewegung in Zusammenhang zu bringen. Der Verordner wollte uns granlich machen, daß die Trade Unions in Zürich eingewichen sind. Wir hatten aber gar keinen Grund, sie zurückzuziehen. Der Verordner bezog sich auf den englischen Bergarbeiterstreik und die Beschäftigung an diesem durch die Trade Unions. Der Verordner scheint aber gar nicht zu wissen, daß es sich bei diesem Streik nicht um eine Lohnforderung, sondern um die Abwehr einer Lohnherabsetzung handelte. Welche Reichsorganisationskommission meinte denn der Verordner? Etwa die sozialen Versicherungsbehörde? Die neuen dem Arbeiter sehr wenig. Hier handelt es sich aber um Vereinigungen, durch welche die Arbeiter auf Besserung ihrer Lebensbedingungen hinwirken könnten. Andere Arbeitgeber — das hat die Rede des Verordners und so recht zum Bewußtsein gebracht — stellen sich einfach auf dem Standpunkt, daß der Arbeiter bei der Lohnfestsetzung nichts zu sagen hat. Diese Organisation wird uns zwar auch keinen Frieden mit den Arbeitgebern bringen, wohl aber nach schwerem Kampfen die Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Wir führen gerade den Arbeiter zu dem Egoismus, ein möglichst gutes Leben zu führen. Aber die Grenze dieses Egoismus ist gegeben, wo die Interessen der Allgemeinheit anfangen. Weil die Unternehmer genau wie die Arbeiter diesen Egoismus haben, so werden auch diese Vereine keinen Ausgleich bringen. Obwohl und der Gesetzentwurf nicht bringt, was wir zu verlangen berechtigt sind, werden wir ihn doch zustimmen; aber auf besondere Dankbarkeit werden wir, wenn der Antrag Gesetz würde, bei dem Arbeiter nicht rechnen können; denn dem Arbeiter wird lediglich darin gegeben, was er zu fordern berechtigt ist. Den sozialen Krieg werden die Vereine keineswegs mehr organisieren, als bisher. Denn für die Arbeitgeber ist der organisierte soziale Krieg weit weniger zu fürchten, als der nichtorganisierte Krieg. Wollen Sie den Krieg zu ihrem Nachtheil

nicht organisieren, so werden wir ihn nicht organisiert führen; und daß wir das vortrefflich verstehen, haben wir bereits bewiesen. Es bestehen ja bereits Arbeiterorganisationen, welche eine reiche Thätigkeit entwickelt haben sowohl auf dem Gebiete der Unterstützung wie auch der Arbeitsvermittlung. Es läßt sich hier im Reichstage so sehr jedoch im Bewußtsein der Ueberzeugung über das Bagabundentum etc. herziehen. Aber man muß einmal selbst an der Grenze des Bagabundentums gestanden haben, um zu wissen, wie leicht es ist, dann vollends handlungslos, und wie groß das Elend der Arbeiter ist, so groß, daß es so nicht weiter geht. Gegenwärtig stehen die von uns genannten Organisationen nicht rechtlos da, und das preussische Ministerium ist sogar daran ausgegangen, sie zu verurtheilen. Wir haben aber verstanden, unter dem Sozialistengesetze zu leben und haben uns auch den Verfügungen des preussischen Ministeriums angeschlossen. Nur die Buchdrucker und Bildhauer fügten sich den ministeriellen Verfügungen, bis vor 2 Jahren der Buchdruckerstreik kam, und das Ministerium der Kaffe unterlagte, dem streitenden Gewerkschaften Unterstützung zu gewähren. Das ist doch kein rechtlicher Zustand, und keineswegs geeignet, die Gegenseite zwischen Arbeitern und Arbeitgebern auszugleichen. Wir nehmen auch keinen Anstand, zu bekennen, daß wir gesellschaftlich stets die Arbeiter darauf hinweisen, wie sie nur Pflichten und keine Rechte haben.

Ich habe also nachgewiesen, daß Organisationen, wie Sie sie erheben, schon bestehen und daß es sich nur darum handelt, sie rechtlich zu schützen. Hierzu kann der vorliegende Gesetzentwurf beitragen; warum empfehlen wir ihn zur Annahme, nicht aber etwa, weil wir ebenfalls glauben, daß dadurch unsere Propaganda gefordert werden könnte. Also wie Sie wollen. Lehnen Sie den Gesetzentwurf ab, so werden wir den Arbeitern raten machen, daß die Arbeitgeber nicht gewillt sind, ihnen die ihnen zustehenden Rechte zu geben. Nehmen Sie ihn an, so werden wir unsere Propaganda darauf aufbauen. Wir bedürfen seiner aber nicht. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Frey v. Stumm (M.-P., sehr schwer verständlich) entnimmt den Ausführungen des Verordners, daß die Berufsvereine auf jeden Fall von den Sozialdemokraten für ihre Propaganda ausgenutzt werden würden. Damit sei den vorliegenden Anträgen das Urtheil gesprochen. Im übrigen führen sie sich nicht einmal die Arbeiter selbst unter der Ägide der Unions wohl, bei der sie keinen Schritt thun dürfen ohne Billigung und Genehmigung der Unions. Er habe selbst von seinen Arbeitern mehrere nach Amerika geschickt und erhalte, sie werden von sozialistischen Ideen angefaßt zurückkehren. Aber gerade das Gegenteil war der Fall. Nicht der organisierte Arbeiter sei frei, sondern derjenige, der noch in einem Verhältnisse zu seinem Arbeitgeber stehe; bei uns den unfreien Arbeitern sei es den sozialdemokratischen bis jetzt auch ganz unmöglich, dem Arbeiter die Festsetzung der Löhne zu überlassen, denn der Arbeiter kenne hierzu die Verhältnisse des Marktes zu wenig. Und doch habe der Verordner angegeben, daß es eines der Ziele der Berufsvereine sei, dem Arbeiter einen Einblick zu erlangen. In England haben die Gewerkschaften günstig auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewirkt, so lange sie sich aus dem sozialdemokratischen Fahrwasser fernhielten. Bei uns würden die Berufsvereine sofort in dieses einlenken und zu politischen Agitationsvereinen werden. Jede Stärkung der Parteivereine sei eine Stärkung der Sozialdemokratie. Wäre diese Anträge nur unter zwei Voraussetzungen einzuwirken: einem härteren Schutze der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie oder wie Herr v. Herderf gestern sagte, durch Beschäftigung des Strafgesetzbuchs; und zweitens unter Schutze der freien Arbeiter gegen Jünglinge der Sozialdemokraten. Er glaube nicht, daß sich der Bundesrat so weit verziehen werde, dem Antrage zuzustimmen (Beifall.)

Abg. Dr. Schneider (Vorhauhin, freiz. Vp.): Gerade dadurch, daß beiden Theilen Gelegenheit gegeben wird, durch Vertrauensmänner sich zu verständigen, hoffen wir dem Frieden zu dienen. Man hat vorgeschlagen, nur den Vereinen Rechtsfähigkeit zuzugestehen, welche gemeinnützige Zwecke verfolgen. Aber man hat doch Vereinen und Gesellschaften mit rein gesellschaftlichen Zwecken die Rechtsfähigkeit gegeben, weil das Bedürfnis des Verkehrs es erfordert. Ebenso sind wir auch im vorliegenden Falle der Ansicht, daß ein Bedürfnis zur rechtlichen Regelung vorhanden ist und befriedigt werden muß. Man habe aus den englischen Verhältnissen, aus dem Wohlwollen der Trade Unions zu den Sozialdemokraten, für uns eine Warnung hernehmen können. Aber wenn man etwa den die Trade Unions hätten sich den Sozialdemokraten nicht angeschlossen, wenn man ihnen die Rechtsfähigkeit verweigert hätte? Gewiß wäre das Gegenheil der Fall und der Umstand, daß die Trade Unionsakte bereits aus dem Jahre 1871 stammt, während die Gewerksvereine erst jetzt ins sozialdemokratische Lager übergehen, spricht dafür, dem deutschen Arbeiter die Befugnis, sich zu Berufsvereinen zusammenzuschließen, nicht länger vorzuenthalten. (Zustimmung links.) Aber auch bei den englischen Gewerksvereinen kam von einer vollständigen Befreiung zur Sozialdemokratie noch nicht die Rede sein. Es würde auch darauf hin für die Beantwortung der uns jetzt beschäftigenden Frage herabzuwenigen ankommen. Wir können die Frage, ob ein Gesetz der einer Partei zu Gute kommen würde, bei einem derartigen Gegenstand nicht entscheidend sein lassen. Der Antrag ist nach juristischer Ansicht eine notwendige Ergänzung des Koalitionsrechts. Denn gegenwärtig befinden sich de facto die Vereinigungen der Arbeitgeber in einer ganz anderen Lage gegenüber Polizei und Gesetzgebung, als Vereinigungen der Arbeiter. Hauptsächlich bedarf eine Vereinigung der Arbeitgeber die Vorschriften des Vereinsgesetzes nicht zu befolgen und that es wohl auch nicht; bei anderen Seite müssen die Vereinigungen der Arbeiter ihre Angelegenheiten vor der breiten Öffentlichkeit verhandeln und fallen überhaupt unter alle Nachtheile der Gesetzgebung. Ich meine, nachdem der Gesetzentwurf bereits in einer Kommission war, brauchen wir ihn in jeder Session nicht noch einmal einer Kommission zu überweisen.

Abg. Müller (nl.): Darin stimme ich dem Abg. Frey v. Stumm vollständig bei, daß der Abg. Legien mit unerwarteter weither Offenheit die Ziele der Anträge dargelegt hat. Besonders hat er im Widerspruch mit den Behauptungen der Gewerksvereine erklärt, diese Vereine wollten nicht den Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern fördern, sondern erstere im Kampfe stärken. Wir haben keinen Anlaß dazu, durch die Gesetzgebung diese Bewegung noch zu fördern. Daß man in England den Gewerksvereinen juristische Persönlichkeiten verliehen hat, hatte ganz andere Gründe, als die man hier für diesen Antrag an-

führt. Es kommt hinzu, daß die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch mit einer Regelung auch der Frage der Ertheilung der juristischen Persönlichkeit beschäftigt ist und es besteht die Hoffnung, daß diese Materie auf diesem, wenn auch noch langwierigen Wege, ihre Erledigung finden wird. Zur Erreichung besserer Lebensbedürfnisse bedarf es dieser Vereine nicht. Aber wir wollen diese Organisation des Klassenkampfes nicht. In diesem Klassenkampf ist die mittelalterliche Kultur gescheitert und wird auch unsere Kultur scheitern, wenn wir den Klassenkampf organisieren. Die Herren, welche aus theoretischen Erwägungen und aus dem, was sie aus Lehrbüchern lernten, diese Anträge empfohlen haben, täuschen sich über deren Konsequenzen. Ich meine Sie dazu beizutragen, daß diese Konsequenzen eintreten (Beifall).

Abg. Mollenhuth (Sz.) legt die Notwendigkeit einer Organisation der Arbeiter aus einander zu dem Zwecke, die unorganisierten Arbeitgeber zu verhindern, die Löhne herabzusetzen. Der Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist ja doch nichts künstlich Gemachtes, sondern er ist aus unseren Verhältnissen herausgewachsen. Nur wenn der Arbeiter organisiert und eine Macht ist, werden Streiks sich vermeiden lassen. Sie (rechts) wissen nicht organisierte Arbeiter sind Werkzeuge in Ihrer Hand und darum haben Sie für sie den Namen „freie Arbeiter“ erfunden. Unrichtig ist Alles, was hier über die Ägide der Trade Unions gesagt worden ist. Wird das Gesetz angenommen, so werden wir es selbstverständlich ausnützen, wie es abgesehen, so werden wir dem Arbeiter einanderbehalten, daß von einer Rechtslosigkeit in Deutschland nicht die Rede sein kann. Gegenwärtig können die Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen, während die Arbeitgeber sich zu Vereinen und Verbänden zusammenzuschließen, die gegenüber dem Arbeiter einen weitgehenden Terrorismus ausüben. Dann hat Freier v. Stumm gesagt, ohne Sozialistengesetz oder dergleichen könnte man derartige Vereine nicht zugestehen, in England habe man ein „Schwägergesetz“, bei uns nicht. Das ist richtig, aber die harten Strafen nach Streites bei uns beweisen, daß die bestehenden Gesetze durchaus ausreichend sind. Der Arbeitgeber, der Grundbesitzer darf sich vereinen, dem Arbeiter aber verbietet man es. Man befürchtet von einer Weiterführung der Organisationen die Bewegung der Streiks und der Lohnkämpfe. Aber glauben Sie denn, es wäre für unsere Entwicklung so sehr schädlich, wenn die Löhne sich hoben und die Lebenshaltung der Arbeiter sich besserte? Der Zug der Knabenarbeiter in die Städte liegt nicht nur an den dortigen besseren Löhnen, sondern an der schlechten Behandlung der Arbeiter durch ihre Arbeitgeber. Der schlechtest behaltene Arbeiter ist keineswegs, wie man zu glauben scheint, der beste; je besser die Lebenshaltung der Arbeiter ist, desto leistungsfähiger werden er auch.

Präsident v. Levetzow macht den Redner darauf aufmerksam, daß es sich hier um die Berufsvereine handle.

Abg. Mollenhuth (fortfahrend): Ich wollte darauf hinweisen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter sich ganz andere Arbeitsbedingungen schaffen könnten, wenn sie sich organisieren dürften.

Präsident v. Levetzow: Wenn Sie das dargelegt hätten, hätte ich Sie nicht unterbrochen.

Abg. Mollenhuth (fortfahrend): Die ganze Arbeiterfrageerhebung ist nutzlos, wenn der Arbeiter nicht organisiert ist; denn der organisierte Arbeiter kann dem Fabrikanten gegenüber anders zu Stande sein. Deshalb schenke Sie Raum für die Organisation der Arbeiter; wenigstens denselben Raum, den die Arbeitgeber genießen.

Damit schließt die Diskussion. Inzwischen ist ein Antrag des Abg. Frey v. Stumm eingelaufen, die Anträge einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Nach kurzen Schlussworten der Antragsteller Abg. Spahn und Dr. Meyer (Salle) werden die beiden Anträge gemäß dem Antrage Stumm an eine Kommission verwiesen.

Präsident v. Levetzow: Heute Morgen ist der frühere langjährige Bureaudirektor Sappel, 80 Jahre alt, gestorben. Viele von Ihnen haben ihn sehr wohl gekannt, Wandering ist er hilfreich gewesen. Er hat von seiner Stelle aus die Geschäfte des Hauses treu gefördert. Jetzt ist er zu wohlbekannter Ruhe eingezogen. Wir wünschen ihm ewige Ruhe und ich bitte Sie, sich zu Ehren seines Andenkens von Ihren Plätzen zu erheben. (Geschäft.)

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Gesetzentwürfe betr. die Abzugs- und Abzugsgesetze, die Baarenbezugsrechte und Invalidentfonds.)

Schluß gegen 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 24. Januar.

11 Uhr. Am Ministerstische: Dr. Miquel u. A. Die erste Berathung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. von Kröcher (kon.): Ich bemerke zunächst, daß ich nur in meinem Namen, nicht im Namen der Fraktion spreche. Fraktionsredner war Graf Limburg, der so gefleht unter großem Beifall gesprochen hat. Der Abg. Dr. Suttler hat die Einrichtung eines Reichsfinanzministeriums verlangt. Unsere Bedenken gegen eine solche Institution hat Graf Limburg bereits erschöpfend dargelegt. Wir wollen kein Reichsfinanzministerium, sondern nur eine erscheidende Kontrolle der Reichseinnahmen durch den Bundesrat. Den Abg. Miquel zu widerlegen, halte ich nach der vortrefflichen Rede des Finanzministers nicht für allzu leicht, wenn es gegenwärtig geht, die Landwirtschaft leide nicht allein Noth, sondern das Handwerk und Kaufleute etc. ebenfalls. Das ist ja, was wir immer hören: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. Weidet die Landwirtschaft, dann erreicht die Noth auch die Allgemeinheit. Herr Miquel hat ferner gesagt, kein Gewerbe hat Anspruch auf aufsteigende Entlohnung. Das haben wir auch gar nicht verlangt, auch die Landwirtschaft hat doch wohl das Recht, um ihre Erntezug zu kämpfen. Die Kaufleute sollen zu Holz sein, um ihre Erntezug zu betheilen. Ja, wenn es um die Erntezug geht, hört der Holz auf. Die Landwirtschaft erhebt sich nichts vom Staat; sie verlangt nur gleichen Wind und gleiche Sonne. (Zustimmung rechts.) Dann hat Herr Miquel gesagt, unsere Klagen würden den Landwirthen den Kredit. Das wäre an sich gar kein Unrecht. Die Schulden kommen doch meist vom Kredit. Hätte man schon vor 30-40 Jahren den Landwirthen den Kredit

vertreten, so wäre das besser. Die Landwirtschaft ist gerade davon, daß sie zu viel Kredit haben. Daran, daß wir in immer größerer Stärke hier einwirken, soll nun mit einem Male das Maßrecht schuld sein. Aber selbst in mittleren Städten, z. B. der Provinz, ist keine einzige Unvorsichtigkeit gegen uns abgegeben worden. Herr Richter war unglücklich darüber, daß die Landräthe für die Konventionen und gegen die Regierung eingetreten seien. Graf Limburg hat eben gesagt, daß die Konventionen aus auf dem Boden des Gesetzes von 1882 stehen und damit einverstanden sind, daß er wieder in Erinnerung gebracht ist. Auf die Bergangeheiß kann sich das nicht beziehen. Denn sehr oft sind konventionelle Beamte gemahnt worden, ohne daß sie sich nur mürren. Dann hat Herr Richter gesagt, die Konventionen erhöhen den Ruf; Fort mit Gynard. Einen solchen Ruf würde ich für außerordentlich halten. Und wenn der Ruf ergangen sein sollte und wir davon nicht, ja, mehr können erwarten. Wir thun nichts, als in Verhüllungen darauf aufmerksam zu machen, was Unvorsichtigkeit erregt. Wir konstatieren nur Tatsachen. In Bezug auf Unvorsichtigkeit erregt, sind die Herren links mindestens ebenso weit gegangen, als wir. Jetzt nicht es allerdings nicht mehr. Die Leute lassen sich von Herrn Richter nicht mehr erregen. Das scheint ihn zu ärgern. Herr Richter hat auch die Landwirtschaftskammern erwähnt. Ich komme darauf noch zurück; das will ich aber jetzt schon sagen: daß diese Kammern des Reiches, die sich nicht bilden, glauben auch wir nicht. Herr Richter sprach über die Prozentanteile. Ich würde es auch für angelegentlich halten, die Tarife für die erste Klasse zu erhöhen. Aber das würde doch wohl seine Schwierigkeiten haben. Aber an den Schmelzungen könnte man etwas sparen. Freuen hat Herr Richter gehabt, wir verlangen, daß unsere Herren auf Kosten der Gläubiger verringert werden sollen. Nun durch die Geldschwäche sind sie erhöht worden und das wollen wir wieder rückgängig gemacht sehen. Herr Richter sagte unsere Unvorsichtigkeit. Wir sind der Ansicht, daß, was Graf Limburg gesagt hat, der Loyalität entspricht, daß wir immer feige gehalten haben und die wir auch in Zukunft festhalten wollen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Gynard (M.): Wir haben aus dem Munde des Finanzministers gehört, daß die Grundlage der preussischen Finanzanlage eine durchaus gesunde ist, und ich hoffe daher, daß die neu aufzulegenden Anleihen zu einem guten Zweck verwendet werden. Ich hoffe, daß das Defizit sich doch noch etwas günstiger gestalten wird. Ebenfalls aber können wir nicht die thesaurirten Beträge der Einkommensteuern-Überüberschüsse zur Deckung des Defizits mit verwenden. Wir wünschen, daß die Finanzverwaltung mit Energie die Frage behandelt, den Staatshaushalt unabhängig von dem schwachen Einkommensteuereinkommen zu machen. Dann wünschen wir ferner, daß die Einkommensteuer bei ihren Bestimmungen sich nicht aus Anstand wendet. Andere Länder, z. B. Frankreich, England und Belgien belegen ihren Bedarf für die Einkommen nur aus dem Zehnten. Nur wir bei unsern teilmöglichen Zugeständnissen hier andere und bewirken dadurch, daß die Arbeiter keine Arbeit mehr finden und sich das industrielle Anlagekapital nicht vermindert. Auch kein Nordseefischfang ist schwedischer Grant überhandt worden, obwohl wir bei uns auch Grant haben. Überhaupt müßten die einzelnen Verwaltungen in enger Beziehung zu einander handeln und nicht fogar gegen einander. Unsere Einkommensteuern könnten viel mehr Einnahmen erzielen, wenn sie nicht so sehr nach der Schwelbe arbeiten. Was die Finanzreform anlangt, so muß sie gelöst werden, und wenn das in diesem Jahre nicht geschieht, so muß das in dem nächsten Jahre stattfinden. Die Reform führt eine reinliche Abgrenzung herbei, dem Reich die Höhe und andere indirekte Steuern und Preisen, die durch Steuern. Als Richter meint in seiner Zeitrede, dem Reichstag seien die Verordnungen von Seiten Gynards nicht gehalten worden, die Zakoffener belastet aber doch ohne Zweifel die leistungsfähigen Schultern. Das sieht man, wenn man auf die Zakoffener in anderen Ländern blickt. Ebenso verhält es sich mit den anderen vorgeschlagenen Steuern, auch der Weinsteuere. Die Verordnungen der Regierung sind voll gehalten worden. Wenn man die Matrifalarbeit mit zur Hilfe ziehen will, wie Abg. Richter vorbringt, dann belastet man aber gerade die nicht leistungsfähigen Schultern. Es ist zu bedauern, daß die Verhandlung über die Reichsfinanzreform durch das tatsächliche Verfahren des Abg. Richter erst nach den Verhandlungen über die neuen Steueretze stattfand. Aber das soll uns nicht hindern, hier im Landtage das größte deutsche Einzelstaates unsere Zustimmung mit dieser Reform anzupreisen. Die Reform in Preußen ist ja glücklich angenommen und das möchte ich bereits den Kommunalbehörden, Gynard, das noch bemerken, daß man die Einkommensteuern erst noch abwarten muß, aber man den Städten wieder neue Lasten auferlegt. Ich denke da hauptsächlich an das Polzeiteinkommen. Es scheint, als ob man verhalte, den auf die Städte fallenden Beitrag zu diesen Kosten zu erhöhen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch zur Sprache bringen, daß die Veranlagung zur Steuer, namentlich für Steuerbesitzer, die doch auf Treu und Glauben erfolgen sollte, vielfach jetzt so stattfindet, daß die heute bis ins Einzige gehenden Fragen vorliegen werden. Diese Steuerverordnungen gehen dann durch so viele Hände, daß sie nicht gehen können. Ich meine, durch ein solches Verfahren wird die Unvorsichtigkeit im Lande, von der die Ehrenrede spricht, geschürt. Nun komme ich zum Bunde der Landwirtschaft. Die Thesaurirung hat in einer Zeit allgemein gewirkt, daß man meint, die Herren hätten den Zeit. Eugen Richter, der ja in solchen Sachen großes Feiense, als Impresario gehabt. Die Landwirtschaft ist durch die anmerkenswerten keine guten Tage, besonders der Gynardverordnungen. Der Hofstaat des Reiches hat ja Herr v. Ströder in vorigen Jahre kräftig geschädigt. Es heuchelt hauptsächlich ein Restfall der Landwirtschaft und die Regierung muß darauf sinnen, wie es bewirkt, daß die Landwirtschaft in kapitalreichere Hände kommt. Die Regierung wird ja jetzt Vorschläge machen und dann heißt es, die Rhodus, die salt! Den Landwirtschaftskammern sehen wir sympathisch gegenüber, wenn ich auch nicht verneine, daß die freien industriellen Vereine mehr für Handel und Industrie getan haben, als sämtliche Kammern zusammengekommen. Wenn allerdings die Agrarier gerade eine hohe Belastung der Börse anstreben, da denken sie nicht daran, daß dadurch der Kapitalmarkt benachteiligt und der Zinssfuß erhöht wird. Die Herren werden später selbst durch höhere Zinsen die Belastung der Börse bezahlen. Das Gedicht ist eine Waise, es vertritt sich, wenn es Hörner ist. Wenn sich die Regierung den Anleihen giebt, als ob sie die Remonstration des Reiches wiedererhalten könnte, so kann es das nur dann, wenn sie auch die Produktion einschränken kann. Als Richter keine Silberkist schuf, da meinten die Herren von Rodowicz und seine Gefährten, daß

nun für Amerika eine neue Meta ansetzen werde. Man rief damals unserer Regierung, ihr Silber bei der durch die Silberkist hervorgerufenen Preissteigerung des Silbers zu verkaufen. Leider geschah das nicht und wir haben jetzt den Schaden davon, ebenso wie der Selbzig gegen die russischen Papiere uns große Verluste gebracht hat, ohne daß die Leute, wenn sie ihre Papiere nicht verkauft hätten, eine Gewinne erlitten hätten. Meine Partei wird an den wirtschaftlichen Aufgaben mitarbeiten, aber dabei stets den Blick auf das Ganze richten und sie ist das jetzt um so lieber nach der erstenlichen Wiederannäherung des Kaisers und Bismarcks, und wenn es sich bestätigen sollte, daß Bismarck nach Berlin kommen wird, um seinen kaiserlichen Herrn zu begrüßen, so hoffe ich, daß aus diesem Anlaß etwas Gutes und Sicheres für unser Vaterland erziehlen werde. (Beifall.)

Abg. v. Karbner (M.): Auch ich behaupte, daß das Reich sich bei den Steuererhöhungen in Widerspruch mit den Einzelstaaten gebracht hat. Was aus den beiden heterogenen Maßstäben in Reichstag und Landtag und ihren Folgen sich auch weiter entwickeln wird, ist eine Frage, die gerade auch die beiden feindlichen Brüder Richter und Richter interessieren sollte. Die sozialdemokratische Partei dringt in einer Weise vor, daß die Freisinnigen fast aus dem Parlament verdrängt werden sind. (Abg. Richter: Sie wären ja beinahe auch verdrängt!) Wir sind in einer Stärke wiedergetreten, wie noch nie. Was die Steuererhöhungen anlangt, so beweise ich, daß die Zakoffener im Reichstag schon so gut wie gefallen ist. Im Reichstag sind die jetzt nur die Gegner der Steuer erziehen und haben dagegen gesprochen. Die Freunde der Vorlage werden noch kommen. Herr von Gynard unterschätzt bei seinen Ausführungen über Landwirtschaft die Bedeutung des inneren Marktes. Wenn die Landwirtschaft kauftkräftiger gemacht wird, dann blüht auch Handel und Gewerbe. Eine Parzellierung des Bodens würde gegen die Noth der Landwirtschaft nichts nützen, das beweist das Beispiel Englands. Auch die kleinen Besitzer sind verschuldet. Man muß eine Agitation und dadurch Erhebung der Unvorsichtigkeit vorwärt, so kann auch die für die Agitation eine solche Unvorsichtigkeit nicht hervorgerufen, wie sie die Verhältnisse jetzt ins Leben gerufen haben. Man wirft uns auch unsere Gegnerschaft gegen die Börse vor. Zu wieviel Millionen sind nicht in ausländischen Papieren verloren worden! Es wäre daher ganz gut, wenn solche hauptsächlich christlichen Werte gar nicht mehr an der Börse gehandelt werden könnten. Wir können uns freuen, daß die russischen Papiere aus Deutschland nun Theil verdrängt sind und daß sie jetzt in Frankreich demotiviert sind. Das ist doch eine Gewähr für den europäischen Frieden, denn Frankreich wird sich doch unter solchen Umständen hüten, einen Krieg anzufangen. Ich komme nun auf die Silberfrage. Eine Rekolonisation des Silbers ist durchaus nicht unmöglich, wie Herr v. Gynard meinte, denn wenn es früher möglich war, ein festes Verhältniß zwischen goldenem Geld und Silber festzusetzen, so ist das jetzt auch nicht unmöglich. Die gesteigerte Kaufkraft des Goldes schädigt die Landwirtschaft sehr, und es kann uns daher nur freuen, daß der Minister uns eine Prüfung dieser Frage in Aussicht gestellt hat. Es sind uns eine Menge Petitionen aus Einzelbahntreibern zugegangen. Ich glaube, daß die Willkür vorhanden sind, wie das bei einem so großen Beamtenheer so nicht anders möglich ist. Wir werden die Petitionen sorgsam prüfen müssen. Zum Schluß hoffe ich, daß unsere gemeinsamen wirtschaftlichen Verhältnisse baldigt eine Besserung erfahren.

Abg. Dr. Rieber (Str.): Herr Zolbitz sagte gestern, daß die Frage der Parität so lange nicht entschieden sei, als nicht der Nachweis geliefert sei, daß ein Katholik nur wegen seiner Religion zurückgesetzt werde. Ich kann aber doch betonen, daß ein solches Verhältniß zwischen Katholiken und Nichtkatholiken in den Beamtentellen vorhanden ist und wir wissen, was das zu erklären. Erkläre mir Graf Erdmuth, diesen Zeitpunkt der Natur! Die Katholiken sind doch gewiß nicht unvorsichtiger veranlagt, als andere Leute. Es ist eine künstliche Agitation von katolischer Seite, jetzt die Paritätsfrage auf die Tagesordnung zu bringen, wir können nur betonen, wie ruhig die Katholiken lange Jahre hindurch diesen Zustand ertragen haben. Der Finanzminister hat eine überaus freundliche Aufforderung an unsere Partei gefahren gerichtet, worauf ich antworten will. Der Triumph, den der Minister gestern hier feierte, entspricht nicht seiner hohen Begabung. Es ist sehr bedenklich, Fragen, die in den Reichstag gehören, in den Einzeltagungen zu erörtern, am bedenklichsten aber, wenn es vom Regierungstische aus geschieht. Es war vielleicht nicht ganz wohlgethan, hier Parteien des Reichstages, auf die es bei der Entscheidung ankommt, zu verlesen. Wenn der Finanzminister die Parität des Landtags betonen will, so thue er das und betrage das schärfste Maßgelte dadurch. Herr Richter hat denn im Namen des Reichstages gesprochen. Aber er diesen Auftrag hat, ist mir unklar. Gehtesicht! Wer hier nicht der Rede, für meine politischen Freunde im Reichstag eine Erklärung abzugeben. Eine solche Erklärung wird erst im Reichstag bei der Beratung der Finanzreform stattfinden und ich wahrlich in Geleise der Erklärungen halten, die bei den Steuererhöhungen abgegeben sind. Aus dem Handgelekt läßt sich so etwas nicht erziehen. Die Aufforderung des Finanzministers kam so plötzlich, daß wir hier im Abgeordnetenhaus noch keine Stellung dazu nehmen konnten, daher kann ich auch nicht im Namen meiner Freunde hier sprechen. Doch bin ich der Meinung, daß der Finanzminister nicht der Schwarzmalerei sich schuldig gemacht hat. Es ist eine bedenkliche Erscheinung, wenn man nun schon 4 Jahre hinter einander hier mit Defizits rechnen muß. Da muß eine Veränderung eintreten. Der Finanzminister hat so schon einen Anfang gemacht mit der Steuer-Reform. Eine wesentliche Aufgabe der clausula Franckenstein war, die Einzelstaaten im Mittel aus dem Reiche zu verjagen. Das ist auch im Reichstag, das Reichenwort worden. Die clausula Franckenstein hat aberaus maßvollig gewirkt, auch nach der Richtung der Aufrechterhaltung und Stärkung des föderativen Gedankens. Der Reingewinn aus der clausula Franckenstein beläuft sich im Ganzen auf 222 Millionen. Die Matrifalarbeiträge sind in Preußen so gewaltig gestiegen, daß wenn nicht eine Gegenleistung aus dem Reiche kommt, wir das auf die Dauer nicht aushalten können. Es geht der clausula Franckenstein wie der lex Huene zuerst wenig Freunde, und dann, als ihre wohlthätigen Wirkungen äußeren allgemeines Zugehörigkeit. Man hat für die Schwankungen in den Ueberweisungen und der gegen Entwicklung die verbundenen Regierungen verantwortlich gemacht, aber diese Verantwortung trifft auch uns alle, meine politischen Freunde nicht ausgenommen. Eine dauernde Ordnung in den Verhältnissen des Reichs und der Einzelstaaten muß geschaffen werden. Aber es fragt sich, ob der vorgeschlagene Weg der richtige ist. Wir meinen, bei der außerordentlichen Schwierigkeit, die wir vorunsgeht, die Mittel für die Militärverpflichtung zu beschaffen, ist der augenblickliche Zeitpunkt für eine solche Reform der denkbar ungünstigste. Der Minister hat den Parteien, die nicht zukommen, vorgeworfen, sie wüßten nichts Besseres.

Die Aufgabe der Parlamente ist doch aber eine im allgemeinen kritische, die Regierung hat eine positive Aufgabe, die Vorlage einzubringen. Aber in einem Punkte der Zeitverteilung. Die Summe, die für die Finanzreform in Aussicht genommen ist, reicht bei weitem nicht für eine ordentliche Reform aus. Mit den Steuererhöhungen, die jetzt im Reichstage vorgeschlagen werden, konnte ich mich auch als preussischer Abgeordneter nicht befremden, mindestens nicht mit der Weinsteuere. Ich wünsche dringend eine Aufrechterhaltung der clausula Franckenstein mit ihren wohlthätigen Folgen, und eine Ordnung des Verhältnisses des Reichs und der Einzelstaaten. Der Vorwurf, daß das ein Aufstiebsangelegenheiten sei, weise ich zurück.

Minister Miquel: Die Anweisungen des Verordners über die Nothwendigkeit einer Auseinandersetzung mit den Einzelstaaten, die clausula Franckenstein, die wir haben die Hoffnungen, die ich auf einen ganzen Theil des Zeitraums setzte, vollst. bestätigt. Ich weiß sehr wohl die Bedeutung des Zentrums im Reichstage zu würdigen. Ich habe nie verneint, das Zentrum zu streifen. Ich bin stets ein Gegner davon gewesen, ohne Noth in den Einzellandtags Reichstagsangelegenheiten zu bepreden, aber hier handelt es sich um die Frage, wo ist die Einwirkung des Reichs auf unsere Stat, es handelt sich hier auch um eine Landesangelegenheit. Dann kann Niemand mit einem Vorwurf machen, wenn ich mich der Zustimmung und moralischen Unterstützung der preussischen Landesvertretung bediene. Die übrigen Landtage haben ebenso verfahren wie der preussische, z. B. der bairische. Zu höchsten Landtage sind sogar Beschlüsse darüber gefaßt worden, was ich im Allgemeinen nicht einmal dem preussischen Landtage wünschen kann. Ich hoffe, diese Beschlüsse hier wird nützlich und fruchtbar werden. Der Zeitpunkt ist gegenwärtig für eine Finanzreform insofern günstig, als wir heute die Wirkung der Franckenstein'schen Klausel ganz genau kennen und einsehen, daß dieselbe einer Ergänzung bedarf. Wenn jetzt der Reichstag die Forderung nicht annimmt, sehen wir vor einer stetig wachsenden Steigerung der Matrifalarbeiträge. Eine Ordnung wird, je länger wir die Regelung ausziehen, immer schwieriger, und daß eine solche Regelung schließlich notwendig ist, erkenne ich auch der Verordner an. Die Frage ist nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine politische, die auf das dauernde auf Verhältniß von Reich und Einzelstaaten Einfluß ausübt. Man muß die Reform im Reiche hergahst in Angriff nehmen. Wie der Reichstag seine ihm gestellte Aufgabe lösen wird, ist seine Sache, wir können uns hier nur im Interesse Preußens aussprechen, daß diese Lösung notwendig und dringlich ist, und das ist zur Genüge geschehen. Ich kann noch nicht sagen, daß die gewöhnliche Gestaltung der Einkommensteuern durch die Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse erklärt wird. Nun, es sind abnorme Verhältnisse dagewesen, langer Stillstand der Schiffahrt, Arthe in England und andere Ursachen. Wir können daher nicht im Voraus annehmen, daß diese Einkommen sich so steigern werden, daß wir alle ohne Stille des Reichs fertig werden können. Ich erkenne die Nothwendigkeit an, ein neues Einkommensteuergesetz Ihnen vorzulegen. Das wird geschehen, sobald wir in Preußen in geordnete Verhältnisse zum Reiche gekommen sind. Es ist hier von einigen Herren gewünscht, daß der Staat für Kanäle und Meliorationen eintrete. Der Stat enthält aber zu solchen Zwecken schon viele Positionen und so werden wir auch noch eine Vorlage betreffend die Verbindung der Rhine mit der Elbe bekommen. In dieser Beziehung geschieht auf seinem Voll zu wenig. Sie werden auch eine Vorlage mit sehr erheblichen Forderungen für Seehafenbahnen bekommen und Sie sehen daraus, daß die Bedürfnissen, die bei Ertrag des Kleinbahnnetzes gehort worden, sich nicht erfüllen. Auch Kleinbahnen werden in großem Maßstabe gebaut. Von den Erwartungen die der Aufstellung des Stat gegenüber gemacht werden könnten, habe ich im Wesentlichen nichts gehört. Es ist notwendig, sei es im Reich, sei es in Preußen, unsere Einkommen zu vermehren. Der jetzige Zustand, wachsende Defizits durch Anleihen zu decken, kann nicht bestehen bleiben. Wenn das Reich uns nicht hilft, müssen wir uns in Preußen selbst helfen und erhebliche Zuschläge zur Einkommensteuer erheben. Das ist bedauerlich, aber notwendig. Wir haben noch allerdings relativ günstige Finanzverhältnisse. Aber wir müssen sie auch erhalten und es ist eine Pflicht der Landesvertreter, die dafür erforderlichen Opfer zu bringen. Die Bilanz des Staats hat sich in den letzten 10 Jahren ganz außerordentlich verschlechtert. Daraus ergibt sich Vorkehr in den Ausgaben und Entschlossenheit, die notwendigen Ausgaben mit den dauernden Einnahmen in Einklang zu bringen.

Abg. Arendt (M.): Eine Beabsichtigung der Katholiken bei den Beamtentellen findet nicht statt. Ich giebt ja auch nur wenig katholische Beamten. Wenn die Stellung der Katholiken in uns der Rede des Abg. Dr. Rieber nicht befehrt werden. Der Anfang seiner Rede entspricht nicht ihrem Schluß. Unser Stat ist verhältnismäßig noch sehr gut, und es ist bei der schlechtesten wirtschaftlichen Lage nur zu verwundern, daß das Defizit nicht größer ist. Es ist der Nachweis erbracht worden, daß eine Gesundung unserer ganzen finanziellen Verhältnisse nur durch eine Finanzreform geschieht werden kann. Im Reichstage werden sämtliche Steuern heftig bestritten, aber man macht dort keine besseren Vorschläge. In Bezug auf den Reichsfinanzminister kann ich mich nur den Ausführungen des Ministers Miquel anschließen. Ich bedauere, daß die Regierung in Bezug auf die Polen von der Politik Bismarcks abgewichen ist. Die wirtschaftlichen Verhältnisse lassen sich im Großen und Ganzen auf die Geldschwäche zurückführen. Wir werden darüber noch näher bei der Besprechung der Interpellation verhandeln. Wenn man bezüglich der Noth der Landwirtschaft meint, auf schlechte Jahre folgten auch wieder bessere, so ist das in Bezug auf die Landwirtschaft doch sehr fraglich, denn die schlechte Lage der Landwirtschaft kommt von geschlechten, wenn die schlechte Lage der in der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei ist der Landwirth noch dadurch schädigt, daß er produzieren muß, ein Kaufmann kann in schlechten Jahren sein Geschäft auslegen, ein Fabrikbesitzer seine Fabrik verkaufen und liquidiren. So kann der Landwirth nicht handeln. (Wiederbeifall und Heiterkeit.) Auf die Forderungen nicht mit Steuern und ähnlichen Mitteln, sondern nur mit einer gebunden auf der Doppelverwahrung rufenden Wirtschaftspolitik uns helfen. Zum Schluß spreche ich meine Freunde über den Nachfragen über den alten Reichstangler aus.

Abg. Richter (Fr. Vp.): Man hat hier den Versuch gemacht, die Debatte an dem Reichstag hier fortzuführen. Ob es dem Ansehen des Landtages dienen kann, wenn hier der Abzug der Reichstagsdebatte vorgebracht wird, bezweifle ich. Die Niedrigkeit des Finanzministers hat sich wieder aufzuweisen gezeigt. Doch ich möchte auf die Rede des Abgeordneten Rieber hin eine Hausjessulation machen. Es hat dem Finanzminister freundlich die Hand gedrückt, aber er hat

Mittwoch den 31. Januar,
Donnerstag den 1. Februar,
Freitag den 2. Februar,
Samstag den 3. Februar
Grosser Resterverkauf
Gelegenheitskauf
für
Besätze, Blousenstoffe und
knappe Roben.

Schwarze Costüme-Seide, nur solide haltbare Garanti-
saare.
Farbige Costüme-Seide für Ball- u. Gesellschaftszwecke in den schönsten Lichtfarben.
Seiden-Plüsch in 45 u. 60 cm Breite; vorzüglich in ca. 150—200 Farben.
Costüme-Sammete, unempfindlich gegen Druck und Kräfte; bestes Vindner's Fabrikat.
Schwarze und Farbige Besatz-Sammete Meter von 90 Pfg. an.
Masken-Atlasse und Sammete zu den billigsten Preisen.
Masken-Gold-Brocats ganz besonders preiswerth, 48 cm breit, Meter 2 Mk.
Masken-Vorlagen werden jedem Käufer auf 3 Tage gratis geliefert.
G. Schwarzenberger
Börsenstraße 9/10.
Specialgeschäft für Plüsch-, Sammet- und Seidenstoffe.

A. Giehler,
Atelier für künstliche Zähne
und Plomben etc.
Leipzigerstrasse 14.
Königl. Breiig. Klassen-Lotterie.
Zur 190. Klassen-Lotterie habe
ich noch einige in ...
abzugeben.
Delisch, den 17. Januar 1894.
Der Königl. Lotterie-Einnehmer
Gustav Schulze.

Vertrauliche Mittheilungen
über: Credit-, Geschäfts-, Privat-, Familien- u. Vermögens-
Verhältnisse auf alle Plätze der Welt
ertheilen: **Beirich & Greve,**
Inhaber des Anskunfts-Bureaus
„Vorrecht“ Halle a/S.,
Leipzigerstr. 104.

Nur für 9 Mark
für junge Damen die feine Damen-
schneiderei, Maßnehmen, Schnitt-
zeichnen gründlich erlernen.
Olga Schubert, Modistin,
Albrechtstraße 17.

Kinderwäsche,
Ausstattung
für Neugeborene
empfiehlt zu billigsten Preisen
Minna Haase, Geft.
Krause 9.

Wegen Aufgabe meines Näh-
maschinen-Geschäfts verkaufe
meine seit vielen Jahren aner-
kannt besten
Singer-Nähmaschinen
bei 5jähriger schriftl. Garantie
zu 55 Mark, Singer'schen
75 Mark. Auf Wunsch Teil-
zahlung.
M. Resch,
Leipzigerstr. 2, I., am Markt.

Größte Auswahl
von neuen u. geb. Möbeln in
Aufbaum, Mahagoni u. Birke,
als: Buffets, Schreibtische, Ver-
tikales, Sekretäre, Confidencietische,
Sofas und Ausziehtische, Büch-
er-, Musik-, Garmenten-, Truhen- u.
and. Spiegel, Mahleien u. ein-
fache Stühle, Divans, Sophas,
Verkleiden mit u. ohne Watragen,
Bücherstische mit u. ohne Mar-
morboden u. Kuchentische. Ge-
wären zu den billigsten Preisen nur bei
Friedrich Peicke,
Geißstraße 25,
vis-à-vis „Café Bohlenhofen“.

Drehbänke
mit Zeituhr, Rohntisch, Universal-
schleife u. Hubel, 200 x 200 u. über-
bergl. 100 x 150, habe ich als Gelegen-
heitskauf sehr billig zu verkaufen.
J. Joachimsthal, Leipzig,
Weinlickestraße 22.

Anzugstoffe,
Herstellen in jeder Qualität für
Herren und Damen, neueste,
moderne Farben, zu eleganten Pro-
menadenkleidern u. eleganten Klei-
dungen zu Hochzeiten. Proben frei
Max Niemer,
Sommerfeld N.-L.

CHOCOLAT
COCAO
KOHLER
MÉDAILLE
D'OR PARIS 1889
Höchste Auszeichnung in Chicago
Beste Schweizermarke.
Niederlage bei
Joh. Miltacher.

Prima Stearinkerzen,
anerkannt beste Fabrikat, jede Kerze
mit Brennstempel, empfiehlt
A. Steinhilber, Wdr.-Drogerie,
Königsstraße 15.

Fr. Obst's Restaurant
„Schloss Rheinsberg“
Grosse Ulrichstrasse 23.
Heute **Donnerstag, 25. Januar**
II. grosser Narren-Abend.

Die Expeditionen der Zeitschrift
bestehen aus
Dr. Berlin, Hans Promnitz u. **Dr. Markt 24** (Wangegraben).
Wirt 1 Reichhalt und Unterhaltungsblatt.

Halle a. S., den 17. Januar 1894.
Delischstr. 17.
P. P.
Wie gefastet und hierdurch die ergebene Mittheilung, daß
nach angelegentlichem Hebererinnen Herr Oswald Magdeburg
aus der Firma Magdeburg & Prinzler ausgeschieden und letztere
erfolgt ist.
Das Geschäft, welches in unveränderter Weise fortgeführt
wird, ist mit sämtlicher Meliba und Passiva an die neue Firma
Chr. Prinzler & Söhne
und als deren Inhaber
Herr Christian Prinzler senior,
„ Christian Prinzler junior,
„ August Prinzler „
übergegangen.
Für das der alten Firma geschenkte Wohlwollen verbindlichst
dankend, bitten wir dasselbe auch dem neuen Unternehmen gütigst
anzuwenden zu wollen und werden stets bereit bleiben, geschätzte
Aufträge promptest und bei billiger Preisstellung zu erledigen.
Sachachtungswollst
Chr. Prinzler & Söhne,
Eisengießerei.

Wichtig für Hausfrauen!
Aus Lumpen aller Art
fertigt die **Kunst-Wollwaren-Fabrik** von
C. Döring, Mülhhausen in Thüringen,
moderne, haltbare Stoffe für Herren-, Frauen- und
Kindergarderobe, sowie Teppiche, Portieren, Läufer,
Tisch- und Schlafdecken etc. an.
Aufträge nimmt an und Muster legt vor die Centralstelle
Albert Müller,
Halle a. S., Steinweg 51, I.

Indem ich den
**Gingang sämtlicher Neuheiten für Frühjahr-
und Sommer-Garderobe**
dem hochgeehrten Publikum hierdurch ergehen möchte, bemerke ich, daß es mir
gelungen, mit den leistungsfähigsten Fabrikanten in Verbindung zu treten, wo-
durch es mir möglich ist, jeder Konsumierung zu begegnen. Empfehle mich daher
zur Anfertigung **feinerer Herren-Garderobe nach Maß** in äußerster Aus-
führung zu folgenden Preisen: **Sommeranzüge** von 20, 25, 30—60 Mk.,
Mäntel von 25, 30—50 Mk., **Jacken** von 20—40 Mk., **Anzüge** in reich-
haltiger Auswahl von 28, 30, 32, 36—80 Mk., **Gesellschafts-Anzüge** in Tuch
und Sammet von 48, 50, 60—80 Mk., **Reinleider** v. 6,50, 7, 8, 9—24 Mk.
Ganz besonders mache ich auf meinen in der Halle angebrachten **Spinnstoffen**
aufmerksam, welche vorzüglich mit Stoffen bedient, und ich somit Jedermann
Gelegenheit geboten, sich von meiner Kreditur zu überzeugen.
Sachachtungswollst
Rud. Podolski, Schneidermeister,
Hackebornstr. 3, part. (an der Halle).

Siehe anhängende
Geschäftsbücher
aus bestem Material, in soliden Einbänden, fertigt als langjährige
Spezialität **J. Zoebisch, Gr. Steinstr. 82.**

Gemüseconserven
in vorzüglicher Qualität, als:
prima Stangen- und Schnittspargel, feinste Französische und braun-
schweizer Schoten, junge Schneidebohnen, Brechbohnen, Flageolet-
bohnen, Haricots verts, junge kleine Carotten, Leipziger Allerlei,
Artischocken, Cardis, Steinpilze, Moreheln, Champignons, Trüffel,
Tomaten, Oliven, Mixed Pickles, wie auch feinstes Magdeb. Del-
kates-Sauerkraut, echte Teltower Rübchen, Hallesische Maronen,
feinste rhein. Compotfrüchte
in eleganten Gläsern und Blechdosen, conservirt in reinem inländischen Zucker
unter Erhaltung ihres natürlichen Aromas und Fruchtgeschmackes, sowie
getrocknete californische Aprikosen, helle italien. Präludien, franz.
Katharinen- und röm. Dessertpfäumen, aromatische Schwed. Kron-
beeren mit Zucker, Corniscons, Pfeffer-, Senf- und Zuckergurken,
engl. u. deutsche Fruchtmarmeladen, Fruchtgelee's, Fruchtessigs
empfiehlt
Julius Bethge,
Fernsprecher 251.

Für den Anzeigebestell verantwortlich: B. Köhler in Halle.

Fahnen
mit und ohne Adler empfiehlt
Friedrich Arnold, Gr. Ulrichstr. 10.

Vollständig fliegende Geschäftsbücher.
Aug. Weddy, Leipzigerstraße 22.

Reitunterricht u. Pferdedressur
Ed. Schreiber
Universitäts-Beitritter und Stallmeister,
Halle, Barfüßerstraße 16.
Gründlicher Reitunterricht wird Herren und Damen
zu jeder Zeit ertheilt.
Junge Pferde werden genau und sicher geritten, eingefahren und in Pflege
genommen. Pension's-Pferde finden zu jeder Zeit in meinen geräumigen
Stallungen Aufnahme. Für Besitzer von Reitpferden bringe meine
Reitbahn in empfehlende Erinnerung.

**Inbühnens-Feier der landwirthschaftlichen
Winterschule Merseburg.**
Die 25jährige Jubiläumfeier der landwirthschaftlichen Winterschule zu
Merseburg wird in Verbindung mit der Feier des 50jährigen Bestehens des
landwirthschaftlichen Kreis-Vereins dalebst
Mittwoch den 21. Februar d. J. Nachmittags 3 Uhr
im „Tivoli“ zu Merseburg
stattfinden. Ich möchte nicht unterlassen, die früheren Schüler der landwirth-
schaftlichen Winterschule, deren Theilnahme an der Festfeier sehr willkommen
sein wird, hierzu zu unterrichten und ausdrücklich einzuladen.
Die zu der Jubelfeier zu treffenden Veranstaltungen machen es aber
nötig, daß die Theilnehmer an derselben sich zeitig vorher, und frühestens
bis 1. Februar d. J., melden, und ihre Anmeldung an den Director der
Winterschule,
Herrn Glass-Merseburg (Neumarkt Nr. 38)
richten. Den Theilnehmern wird hierauf sofort das Festprogramm übersandt
werden. Halle, den 12. Januar 1894.
Der Vorsitzende des landwirthschaftl. Kreis-Vereins Merseburg,
 Graf Hohenhausen.

Kaiser-Säle.
Donnerstag den 25. Januar
Grosses Masken-Fest.
Decorations in orientalischem Styl. Feinste Beleuchtung.
Bertha Nothher, das Gräflche Märchen-Modell.
Das Fest der Nationen.
Dargestellt von ca. 150 jungen Damen in den Uniformen der verschiedenen
Nationen.
Prämierung der 6 schönsten Damen-Masken.
4 Musik-Chöre.
Grosse Fest-Polonaise durch sämtliche Räume.
Vorzugsbilletts in den bekannten Stellen u. im Comptoir der Kasserfelle.
Abendpreis: Herren 2 Mk., Damen 1 Mk., Loge 3 Mk.
Loge 6 Personen 10 Mk.
Die Direction.

Schlittschuhbahn Biegelwiese
ist eröffnet.
H. Köcker.
Berein ehemal. 12. Husaren für Halle a/S. u. Umgegend.
Sonabend den 27. Januar Abends 8 Uhr Monatsversammlung
im Vereinslokal, „zum Glöckler“. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer
Mitglieder. 2. Beschlußend.
Halle. Druck und Verlag von Otto Henkel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940125014/fragment/page=0004